für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÖ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Die moralischen Vollprofis
und der unmoralische Amateur



Die Olympischen Spiele bieten ein Bild des Friedens, sie sind sozusagen eine freundliche Insel in einer ansonsten grauslichen Welt. (So hieß es zumindest bis zum Zeitpunkt des München-Fürstenfeldbrucker Massakers.) Weil aber offenbar auch zum Frieden ein bisserl Geknalle gehört, deshalb gibt's bei den Olympischen Spielen eine stattliche Anzahl von Schießbewerben, in denen die Sportler, wie es so schön heißt, in friedlichem Wettstreit ihr Können messen. Mit richtigen Schießeisen. Nun will es ein gar nicht so merkwürdiger Zufall, daß ausgerechnet in diesen Bewerben neben echten Sportschützen sich Leute mit einschlägigen Berufen tummeln: Warschauer-Pakt-Offiziere, Polizisten, ja hin und wieder sogar ein Star aus der schießfreudigen Palastwache eines morgenländischen Potentaten oder der ebensolchen Leibwache einer abendländischen Militärjunta. Obwohl besagte Herren also beim Schießen auf Menschen durchaus als waschechte Profis anzusehen sind, so gelten sie beim Schießen auf olympische Ringe als lupenreine Amateure.

Meist sind es dann auch diese professionellen Amateure, welche die olympischen Medaillen unter sich aufteilen. Es sei denn, daß plötzlich ein unbekannter junger Nordkoreaner (kein Berufskiller!) auftaucht, der mit dem Kleinkalibergewehr besser schießt als die gesamte etablierte Schützenelite. Da kann die Elite dann nichts weiter tun, als in ohnmächtigem Zorn die Faust im Sack zu ballen. Es sei denn, ein westlicher Zeitungsmann stellt jetzt dem – übrigens sogar in der westlichen Presse als sympathisch beschriebenen – Goldmedaillengewinner Li Ho Jun die Frage über das Geheimnis seines Erfolges, und der Koreaner antwortet sinngemäß etwa, er verdanke alles dem Auftrag seines Ministerpräsidenten Kim Ir Sen: „Er hat mir gesagt, ich soll so schießen wie an der Front gegen den Feind."

Ha! Jetzt entdeckte die Schützengilde den olympischen Geist. Flugs verwandelte sich die von Li Ho Jun durchlöcherte Scheibe in Herz oder Hirn eines amerikanischen Soldaten. „Eine Frechheit!" tobten die Leibgardisten, und „Skandal!" japste mit Fistelstimme selbst noch der rangniedrigste Haremswächter. Die Empörung gipfelte in dem Ausspruch: „Hier ist ein Olympiasieg in Mordabsicht errungen worden!"

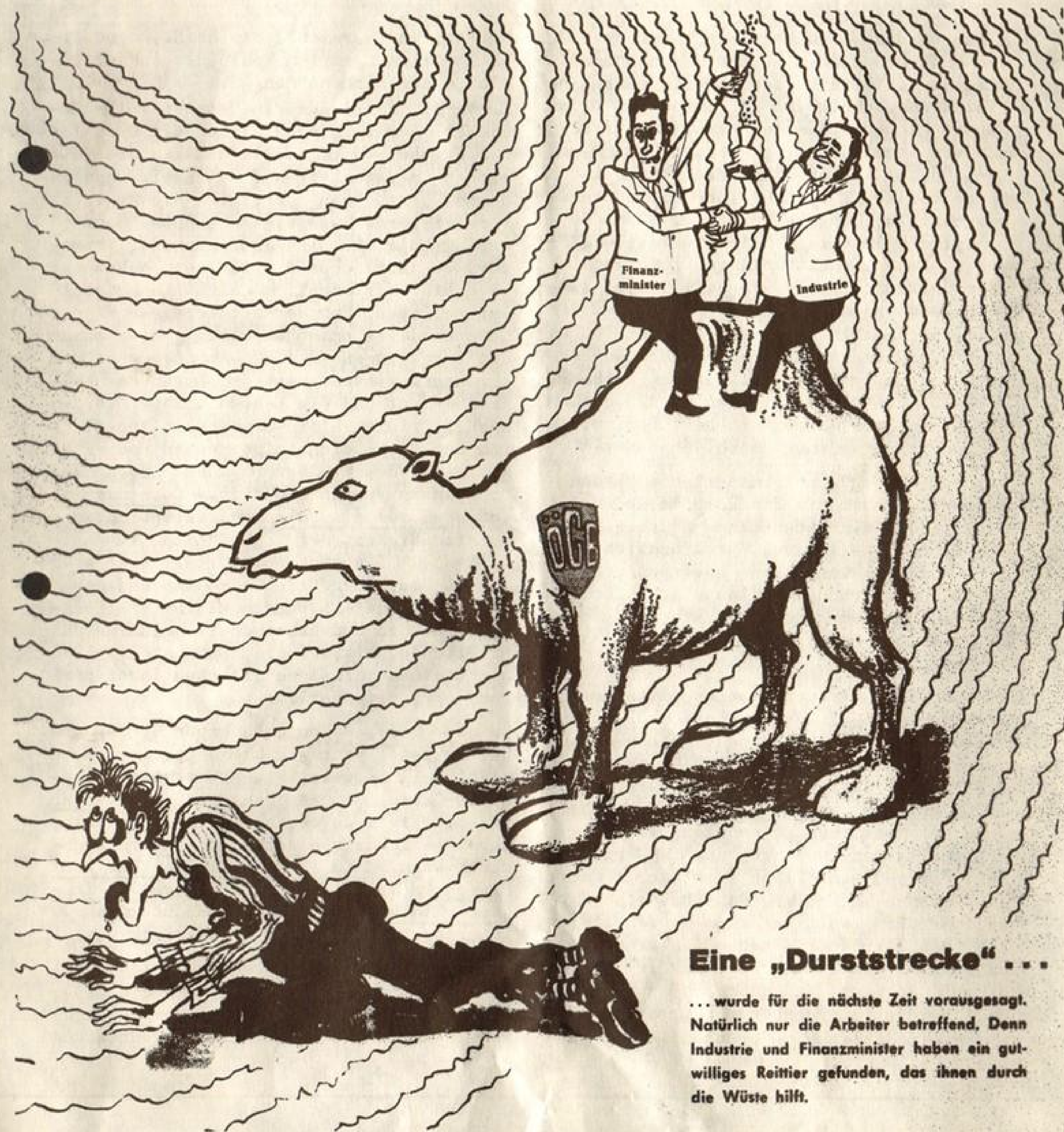
Wobei wir jetzt gar nicht darüber reden wollen, wieweit solchen Leuten überhaupt ein Recht auf moralische Empörung zusteht. Und wir wollen uns auch gar nicht ausmalen, was alles möglicherweise bei der Übersetzung des Interviews aus dem Koreanischen ins Zeitungsdeutsch und in die anderen Sprachen des wilden Westens passiert ist. Ferner sei großzügig darüber hinweggegangen, daß just das Kleinkaliberschießen der harmloseste aller olympischen Schießbewerbe ist; vergleichbar etwa dem Bogenschießen. Was man bei aller Großzügigkeit jedoch nicht verharmlosen kann, das ist die Tatsache, daß vor geraumer Zeit die US-Militärs Korea in einen Trümmerhaufen verwandelt haben und daß das koreanische Volk unermeßliches Leid erdulden mußte beziehungsweise immer noch erduldet, weil im Süden nach wie vor die amerikanischen Bajonette regieren. Wunder wär' es demnach keines, wenn einem Koreaner jeder US-Militarist sehr wohl einen Schuß Pulver wert wäre. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 66 · September 1972



Eine „Durststrecke" ...

... wurde für die nächste Zeit vorausgesagt. Natürlich nur die Arbeiter betreffend. Denn Industrie und Finanzminister haben ein gutwilliges Reittier gefunden, das ihnen durch die Wüste hilft.

Der Boß schickt uns in die Wüste

Benya, der allgewaltige Boß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, gab sich wieder einmal volkstümlich: In einer Rede, die tief in das Leben und Treiben der Gewerkschaftsbonzen und ihr Verhältnis zu der herrschenden Kapitalistenklasse blicken läßt, kündigte er an, daß das nächste Jahr für die arbeitende Bevölkerung eine „Durststrecke" bringen werde. Für die zu erwartenden gewaltigen Preissteigerungen beabsichtige die Gewerkschaft nicht, eine Abgeltung in Form von Lohnerhöhungen zu verlangen.

Nicht umsonst sind Benya und Konsorten bei den Unternehmern so beliebt. Nicht umsonst wird das österreichische Modell der "Sozialpartnerschaft" so gepriesen und von Experten aus fast allen kapitalistischen Ländern begutachtet, ja geradezu studiert. Denn dabei holen sich die Monopolisten Superprofite auf Kosten einer mit betrügerischen Phrasen beherrschten und "beruhigten" Arbeiterschaft. Nur die englischen Gewerkschaftskollegen zeigten sich sehr verwundert, als sie beim internationalen Gewerkschaftskongreß in London die österreichischen Vertreter fragten,"ob es sich denn bei den österreichischen Gewerkschaften um 'gelbe', mit den Unternehmern solidarische Organisationen handle,da man so wenig von Streiks höre", berichtete laut "Presse" Benya "nicht ohne Stolz".

Seinen "Stolz" untermauert die "Kronen-Zeitung", indem sie die Kampfmethoden der englischen Gewerkschaften als "antiquiert" bezeichnet. Was auch verständlich ist, denn dieses verkappte Unternehmerblatt tritt ununterbrochen lautstark für die "modernen" SPÖ- und ÖGB-"Methoden" ein, weil damit die Arbeiter viel leichter auszubeuten sind.

Die Sorge, die der Gewerkschaftsboß um die "Wirtschaft" - also um die Großkapitalisten - hat, ist ja direkt rührend. Laut "Presse" verkenne er nämlich "keinesfalls die Schwierigkeiten,die die'Durststrecke' 1973 bringen werde.... Die Wirtschaft braucht Zeit zum Atemholen, sowohl die Mehrwertsteuer wie auch das EWG-Arrangement bringen erhebliche Probleme." Damit gibt Benya offen zu, daß ihm seine "Sozialpartner" weit mehr am Herzen liegen als die Arbeiter, deren Interessen er eigentlich vertreten sollte.Er legt alles darauf an, um das Jahr 1973 auf keinen Fall für die Unternehmer zur "Durststrecke" werden zu lassen. Im Gegenteil,die Arbeiter sollen "dursten", das heißt, neuerliche Belastungen zum Wohle der Ausbeuterklasse auf sich nehmen.

Benya ist nicht nur ein Meister volkstümlicher Reden, sondern auch ein Künstler der Akrobatik. Er stellt nämlich die Tatsachen meisterhaft auf den Kopf, wenn es darum geht, den Arbeitern die Augen zu verkleistern. Das zeigt die "Hohe Schule" der SP-Politik. Die Verdrehung der Tatsachen beginnt schon damit, wenn behauptet wird,die "Wirtschaft" - also die Monopolkapitalisten, um deren Interesse es den Gewerkschaftsbonzen wirklich geht - müsse die Belastungen des EWG-Arrangements und der Mehrwertsteuer tragen. Durch das EWG-Arrangement und die Mehrwertsteuer werden sicher viele Klein- und Mittelbetriebe von den Monopolen aufgefressen und viele Klein- und Mittelbauern dem Druck der Großbauern weichen müssen. Doch das ist von Haus aus eingeplant und entspricht der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung im Kapitalismus. Die Monopolkapitalisten aber machen noch größere Geschäfte und geben außerdem jede - auch die kleinste - Belastung an den Endverbraucher, also an das arbeitende Volk,weiter. Denn sie wollen nicht einen einzigen Groschen ihrer horrenden Profite verlieren.

Um aber die aufkommende Empörung der Arbeiterklasse schon im kleinsten Ansatz zu ersticken, erweist sich Benya als Mathematik-Genie. Denn er behauptet:"Für heuer ist mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Reallöhne von sechs Prozent zu rechnen. Wenn es im kommenden Jahr nur zwei Prozent sein sollten, ist unsere langfristige Zielsetzung - drei Prozent im Jahr - immer noch übertroffen". ("Kurier")

Und er will seine Rechnung solcher Art beweisen: "Im Schnitt seien die Bruttolöhne um zwölf Prozent erhöht worden.Ziehe man sechs Prozent Preissteigerungen und ein Prozent Steuern ab, bliebe noch immer eine Reallohnsteigerung von fünf Prozent". ("Die Presse")



„...und hier ein österreichischer Arbeiter, dem von seinem Gewerkschaftspräsidenten eine längere Durststrecke verordnet wurde."

Die Behauptung Benyas,die Reallöhne seien gestiegen,kann jeder Arbeiter aus eigener Praxis widerlegen. Die in der letzten Lohnrunde ausgepackelte "Lohnerhöhung" ist bestenfalls eine Nachzahlung für den durch die Inflation in der Vergangenheit erlittenen Reallohnverlust!(In Frankreich und Italien gilt die sogenannte gleitende Lohnskala,wonach vierteljährlich die Löhne gemäß der Steigerung des offiziellen Index der Lebenshaltungskosten automatisch erhöht werden!) Soll der neu festgelegte Lohnsatz in den kommenden 18 bis 24 Monaten, für die er gilt, seine reale Kaufkraft zumindest bewahren,dann muß er noch um die vorhergesehene Inflationsrate erhöht werden.Benya hat für 1973 eine Steigerung des Lebenshaltungskostenindex um sieben Prozent vorausgesagt. Also müssen die Löhne um weitere sieben Prozent gesteigert werden, damit die Kaufkraft des faktisch bezogenen Arbeitseinkommens wenigstens auf der Höhe des Geldwertes zum Zeitpunkt des Abschlusses der letzten Lohnverhandlungen bleibt.

Mit seinen Rechenkunststücken zum Nutzen des Kapitals geht Benya aber noch einen Schritt weiter, wenn er laut "Presse" sagt: "Im übrigen müsse man ja auch die Arbeitszeitverkürzung mit einkalkulieren: so betrachtet seien die Bruttolöhne um 14 Prozent gestiegen. 'Die Leute arbeiten weniger,dadurch hat sich der Lohn erhöht'"! Diese Behauptung (sie ist übrigens direkt einer Stellungnahme der Industriellenvereinigung entnommen) schlägt dem Faß den Boden aus. Denn jeder Arbeitnehmer weiß, daß die "Arbeitszeitverkürzung" ein Riesengeschäft für die Unternehmer war.

Diese zahlen für die verkürzte Arbeitszeit denselben Geldlohn wie früher. Es gibt also aus diesem Titel keinerlei Erhöhung des Lohnes. Da jedoch - sogar laut amtlicher Statistik - der Arbeiter in der kürzeren Arbeitszeit mehr leistet als in der früher längeren, verbraucht er mehr von seiner Arbeitskraft. Da der Geldlohn gleichbleibt,ergibt sich daraus eine faktische Lohnkürzung,nicht aber eine "Lohnerhöhung", wie Benya im Einklang mit der Industriellenvereinigung kühn behauptet!

Benyas Rede zeigt ganz deutlich:In Zahlen ausgedrückt bedeutet die "Durststrecke" die er den Arbeitern zumutet, einen Reallohnverlust von zumindest fünf Prozent.

Und warum? Weil sich die Unternehmer im verschärften Konkurrenzkampf auf Kosten der Arbeiter schadlos halten wollen.

Die Arbeiter haben nicht den geringsten Grund, für die Sicherung der Profite des Kapitals zusätzliche Opfer zu bringen.Sie müssen also darauf bestehen,daß ihr Reallohn (nach Berücksichtigung des vergangenen Inflationsverlustes und der künftigen Geldentwertung) um mindestens sechs Prozent steigt in Anbetracht der steigenden Produktivität ihrer Arbeit.

Benya sagt, daß die Gewerkschaft in der angekündigten "Durststrecke" keine weiteren Lohnerhöhungen anstreben wird. Die Arbeiter müssen also auch ohne und, wenn nicht anders möglich, gegen die Gewerkschaft im Betrieb für wirkliche Lohnerhöhungen kämpfen. Nur so kann ein Absinken des Lebensstandards trotz gesteigerter Leistung verhindert werden.

Dabei müssen sich die Arbeiter vor der Demagogie der "K"PÖ-Führer hüten.Sie wenden sich scheinbar gegen Benya,mobilisieren aber nicht die Arbeiter zum Kampf dort, wo sie die Mehrheit oder starke Positionen im Betriebsrat haben, sondern berufen sich wieder auf Benya und die Gewerkschaft, die "zuwenig verlangen".Ihnen geht es lediglich um Positionen, um unter den Bonzen mitmischen zu können. ●

US-Imperialisten
und Sozialimperialisten:

Partner beim Menschenhandel


Nixon Breschnew

Wochenlang verrenkte sich das Wiener Revisionistenblatt die Zunge, nur um eines zu beweisen: daß die russischen Sozialimperialisten, wenn sie von jüdischen Akademikern, die nach Israel emigrieren wollen, eine Rückerstattung ihrer Ausbildungskosten verlangen (was, nebenbei bemerkt, die polnischen Revisionisten anstandslos seit Jahren tun), ebenso verfahren wie die Zionisten. Ja, nicht nur ebenso, sondern noch viel schlimmer. Denn die „Dokumente", welche die „Volksstimme" am laufenden Band publizierte, besagen, daß jene österreichischen Juden, denen im Falle ihres Austritts aus der israelitischen Kultusgemeinde eine solche Rückerstattung abverlangt wurde, sich dazu im vorhinein bewußt verpflichtet hatten, während die auswanderungswilligen Akademiker in Rußland mit dieser „Lösegeld"forderung, die sie aus eigenen Mitteln nur in vereinzelten Fällen erfüllen können, damit im nachhinein überfallen wurden.

Die „Volksstimme" begnügt sich aber nicht damit, zu betonen, daß ihre Moskauer Oberherren „genau das gleiche Kopfgeld" eintreiben wie die Zionisten (so wörtlich am 24. August); sie stellt obendrein an derselben Stelle fest, daß die Sozialimperialisten Partner des US-Imperialismus bei einem Menschenhandel sind! Bezüglich derartiger „Kopfgeld"forderungen der von amerikanischen Großkapitalisten finanzierten „Hilfs"organisation „Joint" schreibt sie: „Der Joint ist eine zionistisch-amerikanische Organisation, die mit der ebenfalls zionistischen Sochnut (der „Jewish Agency", die seit Jahrzehnten die kolonialistische Einwanderung nach Palästina finanziert – d. R.) zusammenarbeitet und den Menschenhandel nach Israel finanziert." Bei diesem Handel sind klarerweise die israelischen Zionisten die Käufer, die russischen Sozialimperialisten die Verkäufer der lebenden Ware. Und die US-Imperialisten fungieren als Geldgeber bei dem dreckigen Geschäft. Das sei durchaus in Ordnung, meinen die österreichischen Revisionisten. Denn „die Sowjetunion ist nicht gewillt", mit den „auf Kosten ihrer Bevölkerung" in die Ausbildung der emigrierenden Intellektuellen investierten Geldern „den Krieg Israels gegen seine arabischen Nachbarn mitzufinanzieren". Ihr Beitrag zur Aggressionspolitik der Supermächte in Nahost soll sich ja auf die Lieferung von Kanonenfutter beschränken. Gemäß einer ausdrücklichen Abmachung!

In der Tat: Beim Gipfeltreffen Nixons mit den Kremlherren im Mai war, wie der Dollarmillionär und Gouverneur des Staates New York Nelson Rockefeller öffentlich bestätigte, die verstärkte Auswanderung russischer Juden nach Israel „ein wichtiger Punkt der Tagesordnung"; es „wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der es nun 35 000 im Jahr sein werden" (statt 13 905 Auswanderern 1971 und insgesamt 10 330 während des Jahrzehnts 1961–1970). Die USA ihrerseits stellen Israel – laut einem am 14. Juli in Kraft getretenen Sondergesetz – 85 Millionen Dollar für die Ansiedlung dieser Auswanderer zur Verfügung. So sind eben die Rollen verteilt: Moskau liefert die Menschen, Washington die Moneten.

Die russischen Renegaten wollen aber dabei auch noch zusätzlich einen Rebbach für sich herausreißen. Unter dem Titel: „Rückerstattung von Ausbildungskosten" (letzten Endes auf Kosten der amerikanischen Bevölkerung). Das sei „gegen die Vereinbarung", protestieren die US-Imperialisten offiziell beim Kreml und entfachen die „Lösegeld"-kampagne. Darüber regen sich wiederum die Revisionisten mächtig auf. Und in der Aufregung entrutscht ihnen das blamable Eingeständnis des „empörenden" Menschenhandels, bei dem Moskau Partner ist.

Kein Wunder: In einem Lügenmaul wird ein falscher Zungenschlag zum unfreiwilligen Bekenntnis der Wahrheit. Das ist auch ein Gesetz der Dialektik ... ●

Herzlichen Glückwunsch der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk zum 23. Gründungstag der Volksrepublik China.

Die Genossen der VRA

Die ersten Absolventen der Arbeiteruniversität

von KUNG HSUE-WEN


Liu Yi-hung
und andere Arbeiter

Die erste Gruppe von 52 Studenten beendete letztes Jahr ihr Studium an der Arbeiteruniversität des „21. Juli", die von der Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik gegründet wurde. 42 von ihnen gingen zurück an ihre früheren Arbeitsplätze und zehn wurden mit wissenschaftlicher Forschung und Projektierung im Schleifmaschinenforschungsinstitut der Fabrik betraut. In den vergangenen zehn Monaten haben sie enthusiastisch gearbeitet und wurden eine echte Verstärkung der wissenschaftlichen Forschung und technischen Erneuerung.

Als sie im Juli 1971 ihr Studium beendeten, konnten die meisten von ihnen Teile von Schleifmaschinen entwerfen und eine Anzahl konnte allgemeine Entwürfe von Schleifmaschinen herstellen.

Die Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik gründete diese Arbeiteruniversität im September 1968, um technische Kader heranzubilden. Damit befolgte sie den Aufruf des Vorsitzenden Mao vom 21. Juli 1968: „Es ist noch immer notwendig, Universitäten zu haben; hier meine ich hauptsächlich den wissenschaftlichen und maschinenbaulichen Ausbildungsweg. Es ist jedoch notwendig, die Ausbildungszeit zu verkürzen, die Erziehung zu revolutionieren, der proletarischen Politik den Vorrang einzuräumen und den Weg der Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik zu gehen und Techniker aus den Arbeitermassen auszubilden. Die Studenten sollten aus den Arbeiter- und Bauernmassen ausgewählt werden und praktische Erfahrung besitzen und sie sollen nach ein paar Jahren Studium wieder in die Produktion zurückkehren."

Die Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik ist eine große Fabrik, die durch die Produktion von Präzisionsschleifmaschinen bekannt ist. Sie wählte das technische Personal aus den Arbeitern mit praktischer Erfahrung und bildete ein Kontingent proletarischer Ingenieure und Techniker aus.

Liu Yi-hung, ein Metallarbeiter der Energieversorgungsabteilung der Fabrik, ging 1968 an die Arbeiteruniversität im Overall und kehrte im letzten Jahr in gleicher Weise zu seiner Arbeitsgruppe zurück. Bevor er studierte, beabsichtigte er eine Öldruckpresse zu entwerfen, um die körperliche Beanspruchung bei der Arbeit zu verringern. Aber zu dieser Zeit wußte er weder über Berechnung noch über das technische Zeichnen, die Herstellung und das Zusammenpassen von Maschinenteilen Bescheid.

Nachdem er zu seiner Arbeitsgruppe zurückgekehrt war, entwarfen er und andere Arbeiter eine derartige Öldruckpresse und stellten sie innerhalb von zwei Monaten her. Zusätzlich entwarfen sie zwei Aufzüge.

Liu Yi-hung wußte, daß die großen Mengen Ruß, die jeden Tag dem Schornstein entströmten, die Volksgesundheit schädigten, und er wußte auch, daß sein sozialistisches Land der Volksgesundheit große Aufmerksamkeit beimißt. Also sagte er sich: „Können wir Arbeiter an diesem Problem vorbeigehen?" Er arbeitet jetzt mit anderen Arbeitern zusammen, um das Problem zu lösen.

Tsai Jung-ping, der früher an einer Schleifmaschine arbeitete, ging nach dem Studium in seine alte Werkstätte zurück. Sofort machte er bei einer Gruppe mit, die sich bemühte, eine ausländische Schleifmaschine zu verbessern. Tsai Jung-ping half ein hydraulisches Übertragungssystem zu schaffen, das die Arbeitsintensität reduziert und die Arbeitseffektivität erhöht. Seit er an seinen früheren Arbeitsplatz zurückgekehrt ist, hat er zusammen mit anderen Arbeitern sechs technische Neuerungen durchgeführt.

Tschu Tsung-ying, der als armer Bub in der alten Gesellschaft bittere Not litt, war entschlossen, ein Arbeiter-Intellektueller zu werden, und er diente dem Volk mit Hingebung, als er an die Arbeiteruniversität geschickt wurde. Als er in die Werkzeugfabrik zurückkehrte, wo er früher arbeitete, sah er,

daß konische Maschinenteile noch immer ungenau hergestellt wurden. Er arbeitete Tag und Nacht und entwarf mit Hilfe älterer Arbeiter eine Spezialhalterung für konische Teile.

Bei ihren Entwürfen gehen die Absolventen von den aktuellen Bedürfnissen der Produktion aus, stützen sich auf die Massen und befolgen die Massenlinie. Tschen Pao-ken, der am Schleifmaschinenforschungsinstitut der Fabrik arbeiten sollte, arbeitete schon einen Monat vor Beendigung seines Studiums in einer Produktionsgruppe zum Entwurf einer Doppelscheibenschleifmaschine mit und machte größere Entwürfe. Er erkannte, wie wichtig es ist, durch Nachforschungen Informationen aus erster Hand zu sammeln, um gute Entwürfe herzustellen. Er und andere Mitglieder der Projektionsgruppe gingen in ein Dutzend Fabriken und organisierten Versammlungen, um Meinungen zu sammeln. Sie beobachteten auch die Arbeiter an den Werkzeugmaschinen, um Probleme aufzudecken. Sie studierten und analysierten sorgfältig die gesammelten Informationen. In einer Fabrik merkten sie, daß eine alte Doppelscheibenschleifmaschine defekt war. Tschen Pao-ken und andere bemühten sich, die Maschine zu verbessern. Er half der Fabrik und sammelte auch neue Daten für seine Entwürfe. Seine Gruppe hat die Arbeit am Entwurf einer neuartigen Doppelscheibenschleifmaschine beendet. ●

„Den Weg der Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai gehen, Techniker aus der Arbeiterschaft heranbilden"
Diese richtungsweisende Broschüre ist zu beziehen durch: VRA, 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.
Preis: S 2,— plus Porto.

Der Freiheitskampf in Südvietnam

Im August haben die Befreiungsstreitkräfte und das Volk Südvietnams neue Siege errungen. 3o ooo Marionettensoldaten wurden getötet oder gefangengenommen, 3 Infantriebrigaden, ein motorisiertes Regiment und zwei Bataillone, zwei Artilleriebataillone und dreißig Bataillone regulärer Truppen wurden vernichtet oder schwer angeschlagen. Die vietnamesischen Freiheitskämpfer überrannten einen Stützpunkt und zwei militärischeUntersektoren,schossen zweihundert Flugzeuge ab, erbeuteten oder zerstörten vierhundert Militärfahrzeuge und hundert Geschütze und versenkten zwanzig Kriegsschiffe.Zwanzig Munitions- und Treibstofflager wurden in Brand gesteckt.

In den Provinzen Quang Tri und Tuan Thien entsandte der Feind zwei strategische Reservedivisionen und drei motorisierte Regimenter zum Angriff auf die befreiten Gebiete.Unter den Schlägen der Befreiungskräfte verlor die Saigoner Armee 9ooo Mann. Im zentralen Trung Bo wurde die Saigoner 22. Division eingekesselt, welche in die befreiten Gebiete der Provinz Binh Dinh eingedrungen war. Tausende Soldaten dieser Division wurden außer Gefecht gesetzt. Zur gleichen Zeit griff die Befreiungsarmee die Verteidigungslinie des Feindes südwestlich von Da Nang an. Von der Nacht des 17.August bis zum Nachmittag des 19.August wurden 3ooo Saigoner Soldaten getötet, verwundet oder gefangengenommen.



In Nam Bo warf der Feind fast alle regulären Streitkräfte des 3.Armeekorps in den Kampf, um die Fernstraße 13 zu öffnen. Bei diesem Versuch wurde den Marionettensoldaten der Rückzug abgeschnitten und 1ooo von ihnen wurden vernichtet.

Durch häufige Angriffe auf wichtige Nachschublager der amerikanischen und Saigoner Truppen haben die Volksstreitkräfte drei Bataillone vernichtet, 74 Flugzeuge zerstört, 15o ooo Tonnen Munition in die Luft gesprengt und Millionen Liter Benzin in Brand gesteckt.
In den vom Saigoner Marionettenregime kontrollierten Gebieten nimmt der Guerillakrieg an Intensität zu. Von den Ebenen in Trung Bo und Nam Bo bis in die Umgebung Saigons hat sich die Bevölkerung zum Kampf erhoben. Die Marionettentruppen wurden gezwungen, sich aus vielen Stützpunkten, Konzentrationslagern und strategischen Dörfern zurückzuziehen.Durch den Kampf der Bevölkerung wurde die"Befriedungs"-Politik des Thieu-Regimes zum Scheitern gebracht.●

Das neue Forstgesetz:
Die Vergangenheit hat schon begonnen

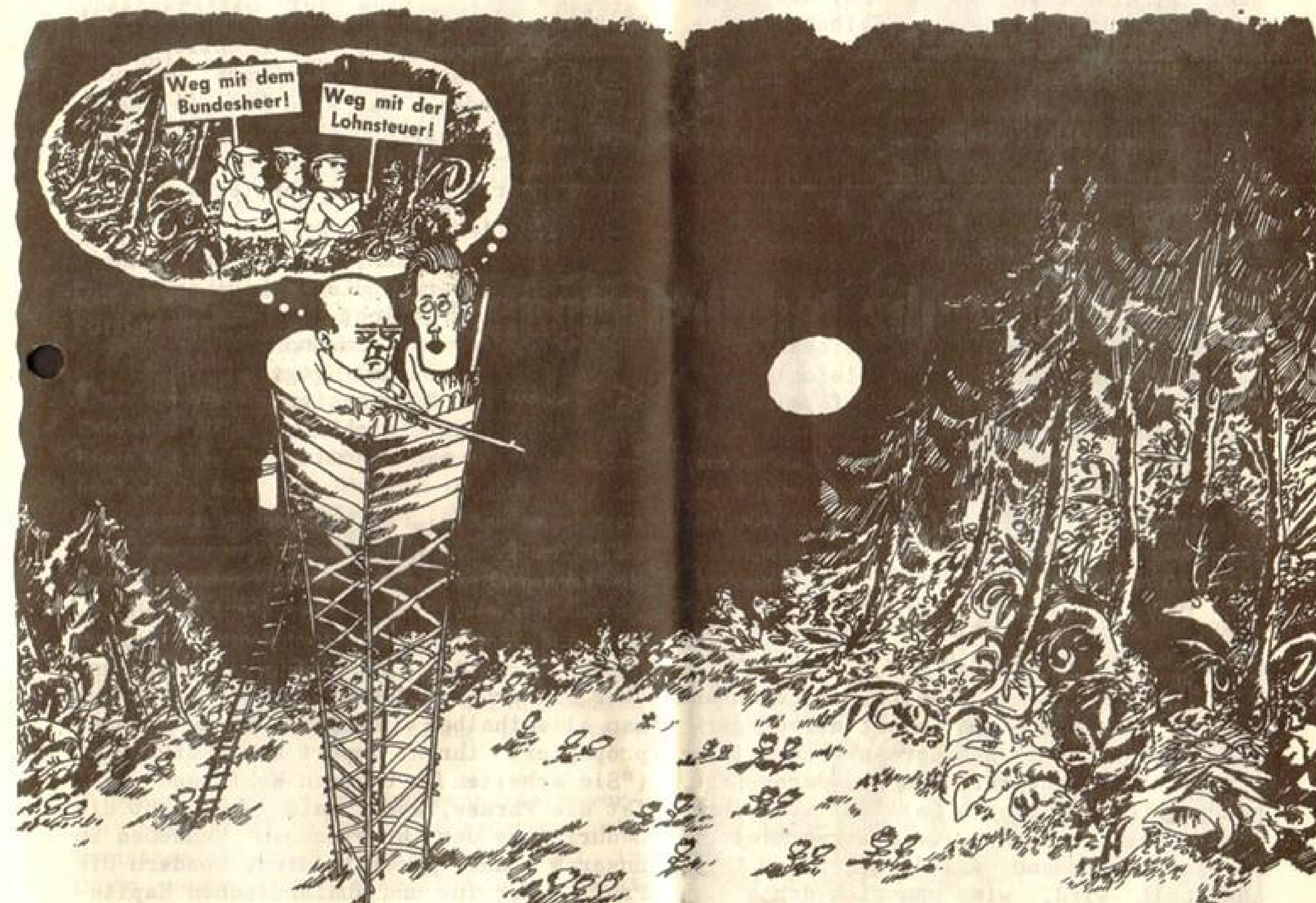
Das waren halt noch Zeiten, damals im Mittelalter, als Österreichs Wälder ausschließlich für die feudalen Grundherren und ihre illustren Jagdgäste rauschten. Wehe, es verirrte sich ein Bäuerlein in den herrschaftlichen Wald, da konnte man es hochnotpeinlich bestrafen. Aber heute? Heute kann jeder dahergelaufene Prolet seinen Fuß auf gräflich Sprinzensteinsches Waldmoos setzen, seine Lungen mit würziger fürstlich Esterhazyscher Frischluft füllen, sein Auge an souverän Malteser-Ritterordenslichen Bäumen, Sträuchern, Blumen und Pilzen erfreuen. Kostenlos. Und ungestraft.

Doch das soll nun endlich wieder anders werden, denn die SPÖ-Regierung ist fest entschlossen, die Umwelt zu schützen. Nicht vor den Gutsbesitzern, versteht sich, welche durch ihre Kahlschlägerungen jährlich gigantische Lawinenkatastrophen, Vermurungen und Überschwemmungen verursachen. Nein, nein, die adeligen Gutsbesitzer sind zwar nur eine verschwindend kleine Minderheit, aber sie haben was zu reden – also warum soll sich's der Kreisky mit ihnen verscherzen? Noch dazu, wo doch einige seiner jagd- und schießfreudigen Minister auf das Wohlwollen ihrer blaublütigen Gönner angewiesen sind.

Was unternimmt eine soziale Regierung demnach in puncto Umweltschutz? Sie denkt in ihrem neuen Forstgesetz zuallererst an die breite Masse der Bevölkerung, indem sie ihr – das Betreten des Waldes verbietet! Wer künftighin vom rechten Weg abweicht und ohne ausdrückliche Erlaubnis des zuständigen Feudalherrn auf Waldpfaden wandelt, dem drohen hochnotpeinlich das Gericht und 60 000 Schilling Geldstrafe. Und wenn er nicht zahlen kann, dann „sitzt" er. Vier Wochen lang. Basta.

Womit die Verhältnisse klargestellt wären. Wald und Wiese, Feld und Flur werden künftighin ganz exklusiv den Großgrundbesitzern und ihrem büchsenknallenden Anhang als Jagdparadies verfügbar sein. Der erholungssuchende Arbeiter dagegen soll nur ruhig in seiner industriellen Dunstglocke bleiben, wo er schließlich ja auch hingehört. Oder soll er sich im von der Gemeinde Wien liebevoll vernachlässigten Beserlpark eine Staublunge holen. Oder, noch besser, soll er seine Freizeit im Wirtshaus verbringen und Bier saufen. Da verdient wenigstens der Mautner Markhof was.

Die freie Natur jedenfalls ist laut geplantem Forstgesetz den Besitzenden, den Wildschweinen und den Ministern vorbehalten. ●



„Als Minister denkt man doch Tag und Nacht an die Politik ..."



Auf den Negern reiten? Zum „Fremdarbeiterproblem"

Das sogenannte „Fremdarbeiterproblem" wird immer mehr zu einer der wichtigsten aktuellen Fragen des Klassenkampfes in Österreich. Unsere Vorarlberger Genossen beschäftigen sich schon seit Jahren mit diesem Problem, das bei ihnen besonders akut ist. Auf Grund der Erfahrungen der Vorarlberger Genossen in ihren Betrieben und der vielfachen Diskussionen, die sie darüber durchführten, hat ein Funktionär der Landesgruppe Vorarlberg der VRA einen vorläufigen Untersuchungsbericht verfaßt, den wir seinem Wunsch entsprechend mit einigen redaktionellen Zusätzen allgemeinen Charakters nachstehend veröffentlichen.

Bei uns gibt es Betriebe,welche schon bis zu 65 Prozent ausländische Arbeitskräfte haben.Im Ganzen ist in Vorarlberg bereits jeder vierte oder gar jeder dritte Arbeiter ein Ausländer. Wenn man nur einige Punkte des sich daraus ergebenden Problems erwägt und überlegt, wird klar, warum es so kompliziert und widerspruchsvoll ist.

Einheimische Arbeiter wurden in den letzten Jahren in großer Zahl zu Angestellten, Vorarbeitern, Bürokraten, die nicht mehr produktiv arbeiten. Selbst die Gewerkschaft klagt, daß sie kaum mehr geeignete einheimische Kandidaten für den Arbeiter-Betriebsrat finden könne.

Zum Beispiel: Ein Straßenfeger von früher, welcher heute noch kehren würde, ist in einem Betrieb gutbezahlter Facharbeiter geworden. Die Straße fegen heute Maschinen und Ausländer. Wenn man weiß (siehe den Artikel in einer der letzten Nummern der "Volksmacht"), welche riesige Profite die Unternehmer einstreichen, wird verständlich, warum und wie leicht diese "Umstrukturierung" - lies: Aufspaltung - durchgeführt werden kann. Also fährt jener, der zur "niedrigen" Arbeit im Kapitalismus sein Leben lang verurteilt gewesen wäre, heute ein schönes Auto; er hat es "zu etwas gebracht" im Betrieb, wurde zu guten Bedingungen umgeschult. Das hat auf viele psychologische Auswirkungen im bürgerlichen Sinn, obwohl sich ihre Klassenlage nicht geändert hat.

Zu bedenken ist auch, welchen ungeheuren Gewinn Tausende - und nicht nur bürgerliche Schichten - aus der Anwesenheit so vieler "Fremdarbeiter" und aus deren Lage schöpfen.Der krasseste Fall ist wohl ihre Ausnützung durch die Quartiervermieter. Es ist beschämend, was da aus ihnen herausgeholt wird, wie man sich durch die Zwangslage anderer "schadlos" halten kann!

Überlegen wir doch,wieviel Geld auf diese und ähnliche Weise in wieviele Taschen fließt!

Und so läßt sich denn auch die Unzufriedenheit der Werktätigen - kraft der Medien sowie aller übrigen Handlanger und Helfer des Kapitals - immer wieder noch "kanalisieren", lassen sie sich aufspalten, läßt sich ihre Aktion verhindern. Mit der Taktik der Aufsplitterung der Arbeiterschaft und mit anderen Methoden (wie sie ebenfalls kürzlich in einem sehr zeitgemäßen und wichtigen Artikel der "Volksmacht" nachgewiesen werden) ist der Klassengegner sehr beweglich. Die heute erlebte "Gleichschaltung" (hinsichtlich der Verhaltensweise, der Reaktionen und Meinungen) ist ebenfalls wert, beleuchtet zu werden. Was sind beispielsweise die üblichen Gesprächsthemen, beziehungsweise: welche Gesprächsthemen werden derzeit unter den Leuten forciert? Angabe, Auftrumpfen, Geld usw...

Man könnte einwenden, das sei ja bekannt. Es geht aber darum, die Methode aufzuzeigen. Das alles gleicht einer Programmierung, wo jeder in ein und dasselbe Denkschema gezwängt und gegen "aufrührerische" Gedanken "immunisiert" werden soll und jener, der nicht lustig oder aktiv mitschwimmt, als "komisch" abgesondert wird...

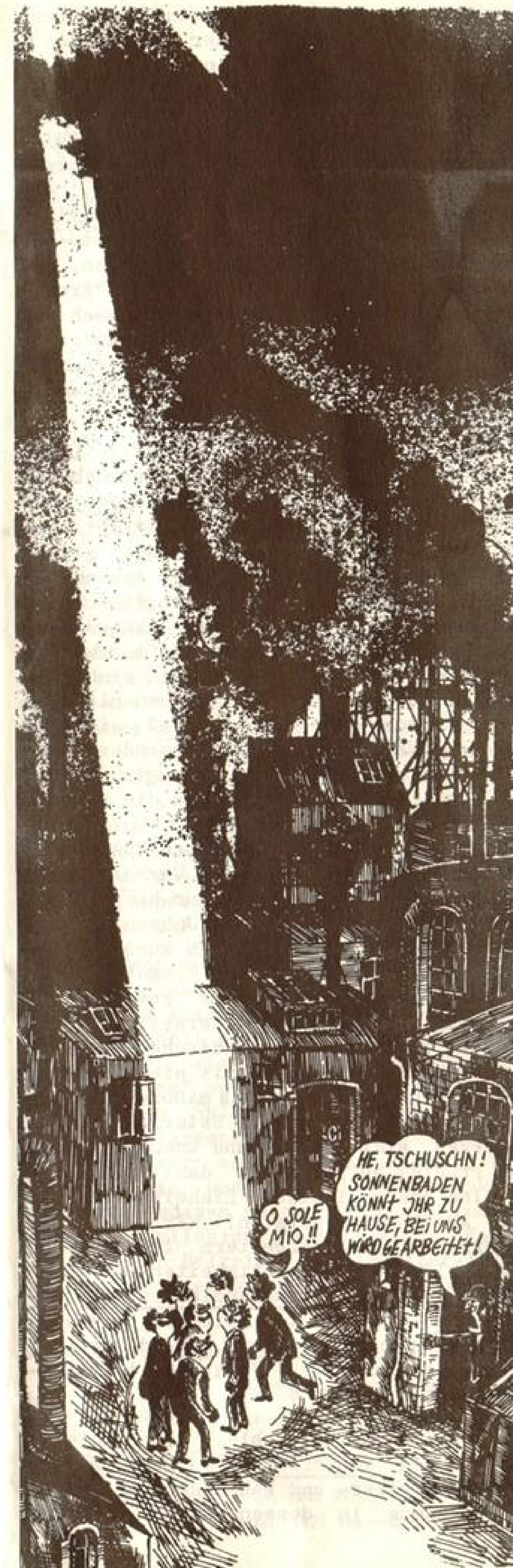
In bezug auf die "Gastarbeiter" erfolgt diese Vernebelung der Hirne in doppelter Form: Einerseits werden sie uns als "tieferstehend" in Lebenshaltung und Lebensart hingestellt, so daß sich der einheimische Arbeiter oft "erhoben" fühlt und über sie erhaben dünkt;andererseits macht man allenthalben ein solches Getue um sie, propagiert ihren Import als "notwendig" ("Sie arbeiten für unseren Wohlstand",lautet die Phrase, womit natürlich nicht die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in unserem Land gemeint sind, sondern die Profite der in- und ausländischen Kapitalisten),so daß manch einer auf die - freilich absurde - Idee verfallen mag, ob nicht am Ende wir und nicht die ausländischen Kollegen diskriminiert werden. Das ist eben die Methode: so widerspruchsvoll und widersinnig...

Natürlich werden schon morgen, sollte dies dem Kapital erforderlich oder genehm sein, die Dinge umgekehrt: Dann werden die Ausländer als Lohndrücker und Streikbrecher benützt, wir aber gegen sie chauvinistisch aufgehußt.

Unsere Haltung ist klar und eindeutig: Einerseits sind wir absolut gegen die "Einfuhr" ausländischer Arbeiter durch "unsere" Kapitalisten.(Was ihre "Ausfuhr" durch "ihre" Kapitalisten betrifft, so ist das ein Problem der Klassensituation und des Klassenkampfes in den betreffenden Ländern.) An dieser Einfuhr haben nur die Kapitalisten ein Interesse: Je mehr Arbeitskräfte ausgebeutet werden, desto größer die Profite. Wir haben schon mehrmals dargelegt, daß die kapitalistische "Industriepolitik" oder "Industrialisierung" nach der Formel "Mit ausländischem Kapital und ausländischen Arbeitskräften für ausländische Märkte die österreichische Umwelt verschmutzen - zu Nutz und Frommen der in- und ausländischen Monopolbourgeoisie" keineswegs im Interesse des österreichischen Volkes liegt. Andererseits treten wir absolut für die brüderliche Solidarität mit den bereits unter uns weilenden ausländischen Arbeitskollegen ein. Je entschlossener wir sie unterstützen, je enger wir uns mit ihnen im Kampf verbinden, desto besser durchkreuzen wir die Anschläge der Unternehmer, desto stärker wird unsere Position im Klassenkampf. Der Klassenfeind versteht es ausgezeichnet, sich über alle nationalen Schranken hinweg zu "integrieren". Wir können ihn nur besiegen, wenn wir überall und immer konsequent die Hauptlosung der klassenbewußten Arbeiter verwirklichen: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Die konterrevolutionäre Politik der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse aufzuspalten, geht,wie man in Vorarlberg sehen kann, so weit, daß sogar unter den ausländischen Arbeitern eine solche Teilung zur Tatsache wird.

45 Prozent aller Ausländerquartiere wurden hier bei einer Untersuchung als "menschenunwürdig" bezeichnet. Aber in ihnen vegetieren die Ärmsten, die selbst von manchen ihrer eigenen Landsleute verachtet, beschimpft, abgelehnt werden.



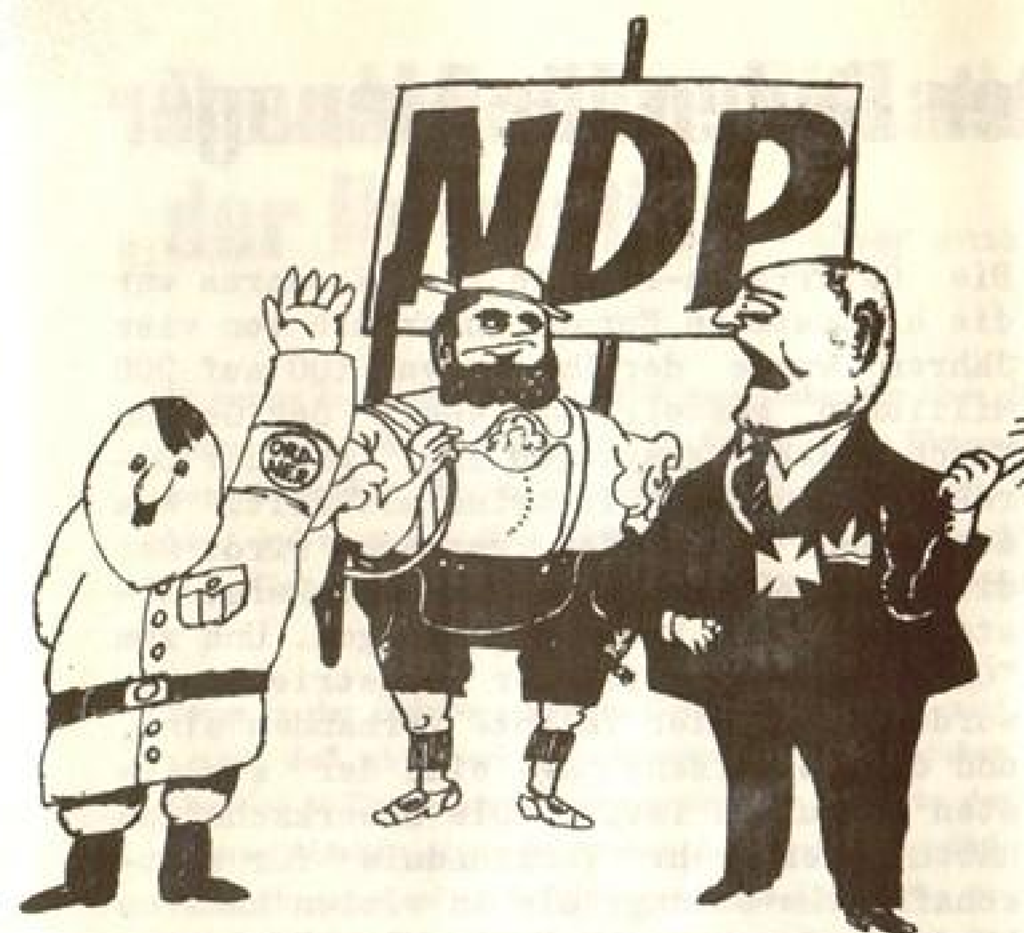
Diese, die "Emporgekommenen" (vorwiegend solche aus jugoslawischer Grenznähe), welche entweder schon einen Beruf hatten oder Sprachkenntnisse besitzen - bei Mädchen auch solche, die einen Österreicher geheiratet haben - helfen bereits den Kapitalisten bei allen Schwierigkeiten. Sie fungieren als Vorarbeiter, Dolmetscher, Büroangestellte usw. Natürlich ist das nur eine kleine Minderheit. (Es sind dies hauptsächlich Jugoslawen, die überhaupt bei uns das Gros der "Fremdarbeiter" bilden - und übrigens auch das negativste Zeugnis in der Propaganda jener abgeben, die am Beispiel des jugoslawischen Revisionismus den Sozialismus in Mißkredit bringen wollen.)

Infolge ihrer besonders gedrückten Lage, ihrer Unkenntnis der Sprache, der Gebräuche und Gepflogenheiten in unserem Land ist den ausländischen Arbeitskollegen meistens eine gewisse Ergebenheit gegenüber der an ihnen verübten Ausbeutung eigen. Sie zeigen eine Bereitschaft zu Überstunden, zum Hochdrücken des Akkords, zu außerordentlicher Samstagarbeit usw. Das wiederum erzeugt Unmut bei den einheimischen Arbeitern. Diese können nicht so ohne weiteres verstehen, daß sich ein solches Verhalten aus dem besonderen Abhängigkeitsverhältnis der ausländischen Kollegen erklärt (Sorge um die Aufenthaltsgenehmigung, Angst vor Entlassung usw.) und daß viele von ihnen aus kleinbürgerlichen (bäuerlichen) Verhältnissen stammen und eigentlich nur hergekommen sind, um sich in ein paar Jahren so viel zu verdienen, daß sie dann zurückkehren und in ihrer Heimat eine Fremdenpension bauen können. Allein das zeigt, wie vordringlich es ist, einerseits innigen Kontakt zu unseren ausländischen Klassenbrüdern zu pflegen, damit sie nicht von den Unternehmern gegen uns mißbraucht werden, andererseits unsere österreichischen Kollegen systematisch und unentwegt über das Problem aufzuklären, damit sie nicht in eine chauvinistische Einheitsfront mit den Ausbeutern geraten! Wir müssen den österreichischen Arbeitern immer wieder die zahllosen Ungerechtigkeiten vor Augen führen, denen die ausländischen Arbeitskollegen (so sollten wir sie überhaupt stets nennen, und nicht: "Fremdarbeiter" oder - scheinheilig - "Gastarbeiter") ausgesetzt sind.

Das "Fremdarbeiterproblem" ist ein Teilproblem des Imperialismus. Lenin sagte, der Schmarotzer- und Fäulnischarakter des Kapitalismus in dessen letztem, dem imperialistischen Stadium zeige sich auch in der verstärkten Einwanderung von billigen Arbeitskräften aus Ländern mit niedrigerem industriellem Entwicklungsniveau. Er schrieb in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus": "Zu den... Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigen Staaten mit niedrigeren Arbeitslöhnen." Lenin bringt anschließend konkretes Zahlenmaterial aus England, Deutschland und Frankreich vom Beginn unseres Jahrhunderts und fährt fort: "In den Vereinigten Staaten nehmen die Einwanderer aus Ost- und Südeuropa die am schlechtesten bezahlten Stellen ein, während die amerikanischen Arbeiter den größten Prozentsatz der Aufseher und der bestbezahlten Arbeiter stellen. Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten."

Wie aktuell klingen doch heute diese Worte, die vor 55 Jahren niedergeschrieben wurden! Und wie sehr hat sich diese Tendenz des Imperialismus in unseren Tagen verstärkt!

Nur wenige Zeilen von der oben angeführten Textstelle zitierte Lenin bürgerliche Autoren, die jene erschreckenden Perspektiven aufzeigten, welche sich durch die koloniale Ausbeutung und durch die Bestechung einer dünnen Oberschicht der Arbeiter der imperialistischen Länder mit Hilfe der kolonialen Superprofite auftaten. (Die spezielle Ausbeutung importierter Arbeitskräfte aus "rückständigen" Ländern ist nur eine Teilansicht dieses Bildes!) So zeichnete der englische Liberale Hobson (in seinem Buch "Imperialismus", London, 1902) u. a. folgendes Bild: "ein... Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem fernen Orient beziehen, daneben eine etwas größere Gruppe von Angestellten und Händlern und eine noch größere Anzahl von Dienstpersonal und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren. Die wichtigsten Industrien würden jedoch verschwinden, und die Massenprodukte der Ernährung, die Massenhalbfabrikate würden als Tribut aus Asien und Afrika fließen... Das sind die Möglichkeiten, die eine umfassende Vereinigung der Weststaaten, eine europäische Föderation der Großmächte vor uns eröffnet: sie würde die Sache der Weltzivilisation nicht nur nicht vorwärtsbringen, sondern die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören: die Bildung einer Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große gefügige Massen von Angestellten unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenartikeln beschäftigt werden, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder in untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie."





„Wir haben nichts gegen Ausländer – vorausgesetzt, sie bleiben dort, wo der Pfeffer wächst!"

Dieselbe Schilderung der "Merkmale des Parasitismus" im Zeitalter des Imperialismus fand Lenin bei dem deutschen Autor Schulze-Gaevernitz, der voraussah, daß das kapitalistische Europa "die Arbeit überhaupt - zunächst die landwirtschaftliche und montane, sodann auch die größere industrielle Arbeit - auf die farbige Menschheit abschiebt und sich selbst in die Rentnerrolle zurückzieht ("Rentner"=hier im Sinne von Leuten, die von Zinsen und Dividenden aus Obligationen, Aktien und anderen Wertpapieren leben, ohne je mit der Produktion materieller Güter zu tun zu haben - D.R.)... "Als Lenin bei den Vorarbeiten zu seinem Werk über den Imperialismus Auszüge aus dem betreffenden Buch von Schulze-Gaevernitz machte, schrieb er an den Rand der zitierten Stelle: "'Europa' = Rentner (reitet auf den Negern)".

Nun, erinnern wir uns, was Kreisky sagte, als er vor mehreren Monaten die sozialdemokratischen Führer aus westeuropäischen Ländern in Igls versammelte, um mit ihnen vor allem die Behandlung des "Fremdarbeiterproblems" im Sinne des Kapitalismus zu erörtern: "Es droht uns die Schaffung eines inneren Negerproblems". Kreisky, als Wortführer des "modernen" Kapitalismus, will dieses "Problem" natürlich auf seine, auf die imperialistische Weise lösen. Doch die österreichische Arbeiterklasse muß es auf proletarisch-revolutionäre Weise lösen, will sie nicht zusammen mit dem Imperialismus in den Abgrund gerissen werden!

Abschließend müssen wir, wieder aus Vorarlberger Sicht, aufzeigen, in wessen Interesse die ausländischen Arbeiter in unser Land geholt werden, worauf das Ganze hinaus soll. Wir müssen dieses "Fremdarbeiterproblem" sowohl vom Standpunkt dieser modernen Sklaven als auch vom Standpunkt des Klassenkampfes der österreichischen Arbeiter sehen. Letzten Endes ist es doch ein und derselbe Standpunkt - und darauf müssen unsere Losungen hinauslaufen - nämlich: der Standpunkt des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Menschheit!

Österreich, ein nahrhafter Boden für Manager

Ein unternehmerfreundlicher ÖGB, keine Europalöhne, dafür aber Europapreise – das macht Österreich für die „multinationalen" Konzerne zu einem Land der fast unbegrenzten Möglichkeiten.

Die amerikanische Firma 3M (Minnesota 3M-Technische Vertriebsgesellschaft) hat ihren Österreich-Chef Nicolai in das neue "Europa-Hauptquartier" der Gesellschaft in Brüssel berufen. Er wird dort einer der sechs führenden Bosse sein. Das ist einem Bericht der "Presse" zu entnehmen mit dem Titel: "Wie man in Österreich Karriere macht". Wie kann nun ein Mitteleuropäer in die oberste Managementetage so eines Industriegiganten klettern (3M gehört zu den 50 größten Firmen in den USA), fragt die "Presse"? Die Antwort von Nicolai selbst gegeben ist interessant und lehrreich für die arbeitenden Menschen in Österreich.


„Man merkt doch gleich bei einer Verhandlung, wer einen Managerkurs mitgemacht hat."

Die Österreich-Filiale des Konzerns war die kleinste in Europa. Innerhalb von vier Jahren wurde der Umsatz von 100 auf 200 Millionen gesteigert. Wobei der Gewinn "noch stärker gestiegen ist, wie der Direktor freundlich lächelnd mitteilt." Was auch noch zufrieden vermerkt wird: Bei dieser Größenexplosion ist der Personalstand nur um 10 Prozent gestiegen. Und zum "Österreich-Fan" ist der Industrielle geworden, weil hier Talente vorhanden sind, und die politische Lage eine der stabilsten in Europa ist. "Die Gewerkschaften haben hier mehr Verständnis für wirtschaftliche Belange als in vielen anderen Ländern, auch das muß einmal gesagt werden", meint Nicolai, solcherart den ÖGB-Bonzen höchstes Lob spendend. Daß er als Manager sich natürlich auch mit dem Lohnniveau in Österreich zufrieden zeigt, ist klar. Desgleichen findet er die Steuerbelastungen der Firma in Österreich durchaus "erträglich".

Was der kapitalistische Manager hier sagt, läßt sich leicht in den Jargon der herrschenden Klasse übersetzen und von da in der Arbeitersprache ausdeutschen.

Die "stabile Lage in Österreich" des Nicolai ist die Tatsache, daß alle Parteien die Interessen des Monopolkapitals vertreten. Egal wie "Wahlen" ausgehen und die Regierung zusammengesetzt ist. Die Volksmassen können zwar "wählen", zu reden haben sie aber nichts. Bei Kreisky, seinem Team, den ÖGB-Bonzen usw. heißt das dann "sozialer Friede", weil es so noch gelingt, die Arbeiter vom Kampf um ihre Interessen abzuhalten. Die "Talente", das sind die arbeitenden Menschen, die sich das noch einreden lassen, zwar "Europapreise" serviert bekommen, den "Europalöhnen" aber weit nachhinken. Und das "Verständnis für wirtschaftliche Belange", das Nicolai lobt, wird im kommenden Jahr zu einer "Durststrecke" für die Arbeiter weiterentwickelt, wie Benya bereits ankündigte. Was weitere gewaltige Preissteigerungen und Antreiberei bedeuten wird, die die Gewerkschaft nicht zur Kenntnis nehmen will.

So kann man natürlich leicht die Profite mehr als verdoppeln und "Karriere machen". Für die arbeitenden Menschen, besonders für die jungen, wird es aber Zeit, daß sie solche Karrieren vermasseln und an ihre Lebensinteressen denken. ●

Revolutionäre Situation und Vorbereitung der Revolution

Uber unsere Perspektiven



In letzter Zeit gab es in der VRA eine Diskussion über die Frage: Welche Perspektiven hat unser Kampf für die sozialistische Revolution in Österreich? Die Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, sind so gewaltig; die Erfolge, die wir in unserer Arbeit bisher erzielt haben, sind so gering. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Wie ist er zu lösen? So fragen viele Genossen. Versuchen wir hier, in erster Annäherung, eine Antwort darauf zu finden.

Schon in der Einleitung unserer Grundsatzerklärung wird gesagt, daß wir unsere Zielsetzungen aus der wirklichen Situation in Österreich, aus den praktischen Kämpfen der Massen ableiten (das heißt eben historisch-materialistisches Herangehen) und nicht vorgefaßte Ideen der gesellschaftlichen Wirklichkeit aufzwingen wollen (das wäre philosophischer Idealismus). Dieser Standpunkt deckt sich voll und ganz mit der ersten Grunderkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, mit deren Formulierung Karl M a r x vor zirka 130 Jahren sein bahnbrechendes Wirken begann.

Es kann nun keinen Zweifel darüber geben, daß wir heute in Österreich keine revolutionäre Situation haben. Das bedeutet, daß die objektive Lage die Massen der Werktätigen nicht unmittelbar und sofort veranlaßt, den Weg der Revolution zu beschreiten. Wir wissen aber, daß Revolution (plötzlicher gewaltsamer Umsturz bestehender Verhältnisse) und Evolution (allmähliche, ruhige Entwicklung dieser Verhältnisse, mengenmäßige Anhäufung ihrer Elemente) keine absoluten Gegensätze sind, sondern zusammengehörige, wenn auch widerspruchsvolle Momente ein und derselben Gesamtentwicklung. Ohne unmerkliche, allmähliche Anhäufung von Elementen der alten Qualität (zum Beispiel des kapitalistischen Systems) kommt es nicht zum geschichtsnotwendigen sprunghaften Ubergang zu einer neuen Qualität (das heißt in unserem Beispiel zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft). Anderseits muß auf den revolutionären Sprung notwendigerweise wiederum eine Etappe allmählicher, ruhiger Entwicklung (Evolution) folgen. Und so weiter.

Die gegenwärtige „friedliche" Entwicklungsetappe in Österreich ist folglich eine geschichtliche Notwendigkeit. Sie muß gemäß der Lehre Lenins für die klassenbewußte Vorhut des Proletariats eine Phase der zielstrebigen Vorbereitung der Revolution sein. Wird diese Vorbereitungsarbeit nicht geleistet (konkret: die revolutionäre Arbeiterpartei als Führerin der sozialistischen Revolution nicht geschaffen), dann wird im Moment des Eintritts der objektiven Situation (wenn, wie Lenin diese definiert, die Herrschenden nicht mehr regieren können wie bisher und die Volksmassen nicht mehr leben wollen wie bisher) das Proletariat führerlos sein und die Revolution verpassen oder verspielen.

Ein Beispiel: Der erste Weltkrieg rief eine revolutionäre Situation in ganz Europa hervor. Doch in England und Frankreich kam es nicht einmal zu Versuchen einer proletarischen Erhebung; in Deutschland und Österreich-Ungarn sowie auch in Italien wurde die Revolution blutig niedergeschlagen beziehungsweise durch verräterische Führer gestohlen und in eine bürgerliche Konterrevolution umgewandelt; nur in Rußland siegte die sozialistische Revolution. Warum dies? Weil nur in Rußland unter der Führung Lenins schon viele Jahre v o r h e r eine revolutionäre marxistische Partei geschaffen und unter schwierigsten Verhältnissen gestählt worden war.

Die Geschichte lehrt uns also, daß die stille, evolutionäre Etappe des Geschichtsablaufes eine unumgängliche Voraussetzung seiner stürmischen, revolutionären Etappe ist. Und sie lehrt uns zugleich, daß die objektive Entwicklungsetappe vom subjektiven Faktor, das heißt von der bewußten proletarischen Vorhut, richtig und zeitgerecht genutzt werden muß; andernfalls wird die früher oder später unausbleibliche revolutionäre Situation nicht genutzt werden können.

Wir dürfen daher nicht verzagen, weil die von uns mit Recht erkannten revolutionären Perspektiven auf die heutige nichtrevolutionäre Situation scheinbar nicht passen. Wir müssen umgekehrt froh darüber sein, daß es schon heute eine – wenn auch noch kleine – klassenbewußte Vorhut des österreichischen Proletariats gibt (die VRA), die Zeit und Möglichkeit hat, die kommende Revolution vorzubereiten. ●

Lieber Leser! Wie Sie sehen, ist unsere September-Nummer erst im Oktober erschienen. „Schlamperei!" mögen Sie nun sagen. Aber bitte bedenken Sie auch: wir, die wir diese Zeitschrift machen, sind berufstätig. Das Artikelschreiben, das heikle Druckreif-Tippen, graphische Gestaltung, Druck, „Zusammentragen" und Versandvorbereitungen geschieht alles in unserer Freizeit; und die ist begrenzt. Wir rechnen also mit Ihrem Verständnis.